

Kritik an 1.000-Euro-Prämie: Gefahr für den sozialen Frieden!

Die geplante 1.000-Euro-Arbeitsprämie für Langzeitarbeitslose stößt auf Widerstand in der Union und der Ampel-Koalition.

Die geplante Anschubfinanzierung von 1.000 Euro für Langzeitarbeitslose, die einen sozialversicherungspflichtigen Job annehmen, sorgt für hitzige Debatten in der deutschen Politik. Der CSU-Generalsekretär Martin Huber kritisierte die Maßnahme scharf und bezeichnete sie als „blanken Hohn“ für all jene, die jahrelang in ihren Jobs arbeiten. Der Beschluss des Bundeskabinetts, das diese Prämie für Langzeitarbeitslose vorsieht, hat Widerstand ausgelöst, da viele befürchten, dass er den sozialen Frieden gefährden könnte. Huber warnt, die Ampel-Koalition schütte „noch mehr Öl ins Feuer“ mit dieser Entscheidung, die laut www.magdeburger-news.de auf heftige Reaktionen trifft.

Kritik kommt auch von den Grünen und der FDP. Der Grüne-Abgeordnete Frank Bsirske hält die Prämie für nicht notwendig und merkt an, dass die meisten Bürgergeldempfänger ohnehin bereit sind, eine Arbeit anzunehmen, wenn sich die Möglichkeit ergibt. FDP-Haushaltspolitiker Frank Schäffler bezeichnet das Vorhaben als „Unding“ und fordert, den Plan im Bundestag zu stoppen, da die Ausgaben bereits jetzt explodieren würden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Stimmen Gehör finden und welche weiteren Entwicklungen die Diskussion noch nach sich ziehen wird.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de